

Wie wollen wir in Zukunft leben? Berliner Bürgerdialog zum sozialen Europa.

#DieZukunftGehörtDir

#SozialesEuropa

Stand: 13.12.2021

Anlässlich der europaweiten Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) haben rund 100 Berliner:innen im „Berliner Bürgerdialog zum sozialen Europa“ im November und Dezember 2021 Reformvorschläge für die europäische Sozialpolitik erarbeitet. Die Beschlüsse lauten wie folgt:

Arbeitsgruppe 1: Rechte von Arbeitnehmer:innen

Unsere Vision von Europa ist Solidarität und Vernetzung, um eine Angleichung der Rechte der in der EU tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf einem weltweit führenden Niveau zu erreichen.

1. Wir empfehlen, dass der europäische Gesetzgeber das Erasmus-Programm auf Ausbildungs- und Arbeitnehmerverhältnisse ausweitet, um den Kultur- und Wissensaustausch zu verbessern – für eine vernetztere europäische Gemeinschaft.
2. Wir empfehlen, dass die europäischen Institutionen an der Angleichung der Lohn- und Lebensverhältnisse arbeiten sollen, z.B. durch eine vereinfachte Steuerpolitik.
3. Wir empfehlen, dass die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte in der Europäischen Union verbessert wird – etwa durch einheitliche Gewerkschaften, einheitliche Tarifverträge, höhere Sanktionen für Arbeitgeber und einen vereinheitlichten und verbesserten Kündigungsschutz – weil die Wertschätzung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer essentiell ist!
4. Wir empfehlen, dass eine barrierefreie, niedrigschwellige Institution ähnlich einer Verbraucherzentrale geschaffen wird, die Wissen zu Arbeitnehmerrechten in die Betriebe trägt und als Beschwerdestelle bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten hilft.

Arbeitsgruppe 2: Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Unsere Vision von Europa ist ein soziales und gerechtes Europa.

1. Wir empfehlen der EU-Kommission eine europaweite Förderung, um Neuanfänge im Berufsleben zu ermöglichen.
2. Wir empfehlen, dass innerhalb der EU die infrastrukturelle Grundversorgung wie Strom, Gas, Wasser, Unterkunft und ÖPNV ab 2024 kostenlos gewährleistet wird, um die Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern.
3. Wir empfehlen eine soziale und finanzielle Absicherung für einen gerechten Zugang zu Um-/Weiter-/Ausbildungen, unabhängig von Herkunft, Alter, sozialem Hintergrund, Einkommen der Eltern, bis 2027 einzuführen, um Bildungsungleichheit zu lösen!
4. Wir empfehlen ein EU-weites Sozialversicherungssystem mit bedingungslosem Grundeinkommen (BGE) und Sozialversicherungen für alle Menschen, die sich in der EU längerfristig aufhalten, unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Staatsangehörigkeit, um Menschenrechte effektiv und einfach umzusetzen und Existenzsorgen zu verringern.
5. Wohnungs- und Obdachlosigkeit sowie sozialen Wohnraum mit Ablaufdatum darf es nicht mehr geben! Wir empfehlen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds einen Unterfonds einzuführen, der bis 2025 in allen EU-Staaten Pilotprojekte für "housing first" ermöglicht, notwendige Maßnahmen und Know-How zur Bedarfseinschätzung bereitstellt und die nachhaltige Finanzierung bereits bestehender und neu eingerichteter Projekte garantiert.

Arbeitsgruppe 3: Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion

Unsere Vision von Europa ist eine problemsensible und lösungsorientierte Gemeinschaft, in der alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Bildungsstand, sexueller Orientierung und Gesundheit gut leben können, Unterstützungsangebote niedrigschwellig in Anspruch nehmen können und keiner Diskriminierung ausgesetzt sind.

1. Wir empfehlen die soziale Teilhabe für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, um Gemeinschaft zu stärken: sprich politisch, kulturell, bildungsgerecht und auch bürokratisch gesehen.
2. Wir empfehlen die (Handlungs-)Stärkung aller Menschen ihren Bedürfnissen entsprechend im Bildungssystem, weil wir europäischer/globaler leben.
3. Wir empfehlen einen niederschweligen Zugang zu psychologischen Hilfsangeboten, um gesamtgesellschaftlich eine bessere mentale Gesundheit zu ermöglichen und mentalen Problemen frühzeitig vorzubeugen.
4. Wir empfehlen eine europaweite Bekennung auf allen Ebenen zur EU als Bündnis gegen LGBTQ+-Feindlichkeit durch bspw. Sanktionierung LGBTQ+-feindlicher Länder, weil die LGBTQ+-Community dadurch sichtbar gemacht wird und sich dadurch der Druck auf

Politiker:innen erhöht, die die LGBTQ+-Community als Ziel für Hass und Fremdenfeindlichkeit instrumentalisieren.

5. Mehr Empathie wagen: Wir empfehlen den Ausbau und die Systematisierung von bildungs- und kulturpolitischen Konzepten: dies schafft langfristig ein vorurteilsfreies Miteinander und führt zum Abbau von gesellschaftlichen Konflikten (z.B. Antirassismustrainings).

Arbeitsgruppe 4: Soziale Gerechtigkeit und Solidarität

Unsere Vision ist ein soziales, gerechtes und ökologisches Europa.

1. Wir empfehlen, dass der ÖP(N)V nachhaltig und barrierefrei ausgebaut wird, weil jeder Mensch Zugang zu einem kostengünstigen und ökologischen Verkehrsangebot erhalten sollte.

2. Wir empfehlen, dass in der Europäischen Union das Steuersystem schrittweise transparenter und gerechter wird (z. B. Umsatzsteuer nach Bedürfnissen gestaffelt), um die Lebensbedingungen der Menschen in der Europäischen Union zu verbessern

3. Wir empfehlen, dass die Europäische Union von den Mitgliedstaaten die Kompetenz eingeräumt bekommt, eigene Steuern (wie beispielsweise eine Digitalsteuer) zu erheben, um EU-weite Aufgaben zu finanzieren.

Eine Kooperation zwischen



Gefördert von



Anlässlich zur



[→ Weitere Informationen & Kontakt](#)